



2011/05 Inland

<https://ads.jungle.world/artikel/2011/05/jihad-pinneberg>

Drohungen gegen den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Pinneberg

Jihad in Pinneberg

Von **Gaston Kirsche**

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Pinneberg wird bedroht. Mitarbeiter des linken Hamburger Radiosenders FSK bemühen sich um Schutzmaßnahmen.

In einem Hinterhof in Pinneberg liegt die Al-Sunnah-Moschee. Bis Mitte Januar fand sie außerhalb eines kleinen Kreises von Betbrüdern kaum Beachtung. Das änderte sich, als bekannt wurde, dass die Moschee einen islamistischen Prediger mit dem Namen Abu Maleeq eingeladen hatte. Maleeq war früher als Gangsta-Rapper Deso Dogg bekannt, auf Plattencovern posierte er mit einer Pistole am Kopf. Nachdem er den Islam für sich entdeckt hatte, wetteiferte er bald mit islamistischen Vorbetern. »So Gott will, wir kämpfen, fallen als Märtyrer, den Feind im Auge, im Namen Allahs«, hatte er etwa getextet.

Wegen des Auftritts des bekannten und überzeugten Jihadisten wurden die Medien auf die Al-Sunnah-Moschee aufmerksam. Claudia Dantschke vom Zentrum Demokratische Kultur in Berlin beobachtet die Islamisten in Pinneberg schon länger: »Die dortige Moschee ist eindeutig eine Nachfolgerin der geschlossenen Taiba-Moschee in Hamburg.« In der Taiba-Moschee trafen sich Mohammed Atta und andere Attentäter vom 11. September 2001. Im August 2010 wurde die Moschee von der Hamburger Innenbehörde geschlossen. Schon wenige Wochen nach der Schließung trafen sich einige Jihadisten aus Hamburg in Pinneberg. In Zeitungen wurde der Leiter des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes, Horst Eger, zitiert: »Die Leute haben nach einem Ort gesucht, wo man neben der normalen muslimischen Religionsausübung unter sich sein konnte, um islamistisches Gedankengut zu diskutieren.« Eger bestätigte damit, dass die Behörden die Al-Sunnah-Moschee observierten.

Als Wolfgang Seibert, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Pinneberg, dazu befragt wurde, hielt er seine Kritik nicht zurück: »In einem Interview für das Fernsehen habe ich gesagt, dass eine Moschee, in der Hass gepredigt wird und zum Kampf gegen alle Ungläubigen aufgerufen wird, geschlossen werden muss.« Zum Auftritt von Abu Maleeq alias Deso Dogg sagt Seibert: »Der Hassrapper hat fürchterlich grausame Texte, wie man auf Youtube sehen kann. Nach seiner ›Bekehrung‹ zum Islam singt er über den ›heiligen Krieg‹ und fordert die Menschen auf, in Afghanistan zu kämpfen.«

Die Aufmerksamkeit der Medien und die Kritik hat heftige Gegenreaktionen bewirkt. Im Internet wurden Drohungen ausgesprochen. Aber nicht gegen den Verfassungsschutz, die Polizei oder Journalisten – vielmehr wurde zielsicher Seibert, der einzige als Jude identifizierbare Kritiker,

zum Hassobjekt. Auch die Hamburger Imamin Halima Krausen war Anfeindungen ausgesetzt. Sie hatte die Äußerungen des Ex-Rappers in der Pinneberger Moschee als »Jihad-Rhetorik« bezeichnet. »Und diese dreckige Halima Krausen. Möge Allah sie rechtleiten oder zerfetzen«, wurde sie auf der Internetseite Islamic Hacker Union beschimpft. Wolfgang Seibert wurde dort von einem Isa Al-Khattab als »dreckiger Jude« bezeichnet. Ein Foto, auf dem Seibert eindeutig zu erkennen ist, durchzog ein User mit einem roten Strich, dazu schrieb er: »Wolfgang Seibert möchte ich sagen, pass auf, dass Allah dich nicht schon im Diesseits straft mit dem Tod. Das ist keine Drohung von mir, sondern von Allah dem Allmächtigen.« Der Eintrag endet mit der Warnung: »Die Strafe Allahs kann dich überall treffen.«

Die Internetseite Islamic Hacker Union wurde von Harry Machura aus Pinneberg angemeldet. Der 19jährige gab bekannt, er sei vor zwei Jahren zum Islam konvertiert. Machura soll Stammgast der islamistischen Taiba-Moschee in Hamburg gewesen sein. Mittlerweile scheint er sich dazu berufen zu fühlen, Kritiker zu bedrohen.

Seibert nimmt die Drohungen, die gegen ihn ausgesprochen wurden, ernst. »In dieser Moschee gibt es Menschen, die in Ausbildungslagern der Taliban in Pakistan waren. Die größte Gefahr aber sind die sogenannten Trittbrettfahrer, die glauben könnten, sie müssen ›Allahs Willen‹ erfüllen.« Nachdem Seibert an die Öffentlichkeit gegangen war, wurde das Landeskriminalamt (LKA) aktiv. Die Ermittler durchsuchten Machuras Wohnung und beschlagnahmten seinen Computer. Die Internetseite wurde gesperrt und es wurde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Der Personenschutz für die Bedrohten ist hingegen weniger gut organisiert. »Die Polizei hat Schwierigkeiten, mich zu beschützen, aus personellen Gründen«, sagt Seibert. »Ich denke, dass das aber auch ihre Aufgabe wäre.« Dennoch hat er den Eindruck, dass der Staatsschutz »mit Hochdruck arbeitet«. Schließlich sei die Öffentlichkeit informiert, das erhöhe die Erwartungen.

Um die Sicherheit von Seibert haben sich sehr schnell einige Kollegen des linken Hamburger Radiosenders Freies Sender-Kombinat (FSK) bemüht. Seibert moderiert dort seit drei Jahren die Sendung »Shalom Libertad«. Zum FSK gelangte er nach der Teilnahme an Protesten gegen einen Naziaufmarsch am 1. Mai 2008. Dort hatte er erlebt, dass Antiimperialisten Mitglieder seiner Gemeinde angreifen wollten, weil sie Israelfahnen trugen. Antifaschisten verhinderten damals die Attacke. Jörg Töpfer*, der die Schutzmaßnahmen des FSK für Seibert mitorganisiert hat, sagt: »Das Problem ist, dass niemand wirklich einschätzen kann, welche Folgen die Drohungen haben könnten.« Michael Hansen* vom FSK ist skeptisch, ob die polizeilichen Maßnahmen zum Schutz von Seibert ausreichen. »Vielleicht bieten sie noch nicht einmal einen minimalen physischen Schutz. Wichtig wären aber auch politische Kampagnen, die den Islamismus als reaktionären Weg verdeutlichen.« Erste Ansätze dafür entstehen derzeit, auch außerhalb des Radiosenders. So organisiert die Hamburger Gruppe Sous la Plage eine Solidaritätsveranstaltung für Seibert. »Eine anfängliche Schockstarre weicht einem breiteren Engagement, das erkennbar über die als antideutsch kategorisierten Gruppen hinausgeht«, meint Hansen.

Wenig hilfreich für dieses Engagement sind allerdings die Bemühungen der Pinneberger Bürgermeisterin Kristin Alheit (SPD). Für Anfang Februar hat sie die in Pinneberg vertretenen Religionsgemeinschaften zu einem Runden Tisch eingeladen, »um die Lage zu beruhigen«. Wolfgang Seibert, der von dem Gewaltaufruf betroffene Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, soll mit den Vertretern der Al-Sunnah-Moschee diskutieren. Der Verfasser der Drohungen ist in dieser Moschee aktiv.

* Namen von der Redaktion geändert

